

Märkische Oderzeitung

„Abwanderung ist schon in vollem Gange“

Frankfurt (Oder) (GMD) Auch die Brandenburgischen Wohnungsunternehmen sind gegen die Idee, mit Prämien die Abwanderung aus dünn besiedelten Gebieten zu forcieren. Doch auch sie sehen nur noch Chancen für gewisse Städte und Regionen.

„Der Prozess, den die Abwanderungsprämien in Bewegung setzen sollen, ist doch schon längst im Gange“, sagt Ludwig Burkardt. „Binnenwanderung“ nennt das Vorstandsmitglied des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) die Bewegung von ländlichen Regionen in die größeren Orte. „Es gibt zwar noch keine genauen Statistiken, doch die Wohnungsunternehmen, die wir betreuen, bestätigen diesen Trend“, sagt Burkardt.

Deswegen hält er den Vorschlag der Berliner Wissenschaftler für Unsinn, den Menschen Geld dafür zu zahlen. Die im Auftrag des Landtags vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung erarbeitete Studie war zu dem Schluss gekommen, dass es zu teuer sei, überall die jetzige Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Deshalb schlugen die Gutachter vor, Prämien für das Verlassen entvölkerter Regionen auszusetzen.

„Wenn die Leute keinen Arzt, Apotheker und Friseur mehr vorfinden, ziehen sie sowieso fort“, meint Burkhardt. Das Geld sollte man deshalb lieber in die Brandenburger Städte investieren, die noch lebenswert seien. „Nach unserem Eindruck hat sich die Landespolitik mit ihrer Förderung von Wachstumskernen schon darauf eingestellt. Es fehlt nur ein Gesamtkonzept.“

Es sei schade, dass nun alle nur über die unsinnigen Prämien wettern, denn die Studie selbst sei eine sorgfältige Untersuchung, die nüchtern die Bevölkerungsentwicklung Brandenburgs aufzeige. Laut Prognosen wird Brandenburg bis zum Jahre 2030 noch einmal bis zu 360 000 Einwohner verlieren. „In den vergangenen 15 Jahren konnten wir beobachten, dass die Prognosen fast immer eintrafen“, sagt der BBU-Mann. Man dürfe sich also nichts vormachen.

Ob ein Ort attraktiv sei, hänge zudem ganz klar damit zusammen, ob er eine umsteigefreie öffentliche Verkehrsverbindung nach Berlin habe. Ein Beweis seien die hohen Grundstückspreise entlang der jeweiligen S-Bahnlinie. Auch der Wohnungsleerstand ist laut BBU-Statistik seit 2003 im berlinnahen Raum kontinuierlich von 6,9 auf 5,6 Prozent gesunken. In den fernerer Regionen stünden dagegen immer noch 14,2 Prozent der Platten leer. „Ohne das großflächige Abrissprogramm der vergangenen Jahre wären es sogar über 20 Prozent“, erklärt Burkardt.

Entscheidend für das Überleben eines Ortes sei aber letztendlich vor allem auch das Engagement der Kommunalpolitiker. „Sie müssen sich dafür stark machen, kulturelle und soziale Angebote zu erhalten“, so der 61-Jährige. Schulen seien dabei wichtiger als Spaßbäder.

Dienstag, 11. September 2007 (19:56)